

## EU-Chemikalienpolitik

### REACH – Registration, Evaluation and Authorisation of Chemicals Informationsniveau über die Eigenschaften von Chemikalien umstritten

Henning Friege

AWISTA – Gesellschaft für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung mbH, Höherweg 100, D-40233 Düsseldorf ([HFriege@awista.de](mailto:HFriege@awista.de))

Das REACH-Projekt hat das Europäische Parlament (EP) erreicht. Die z.Zt. wichtigste Frage zu REACH ist die nach den **Folgekosten**. Die Höhe der Folgekosten ergibt sich daraus, welche Informationen über die Eigenschaften von Chemikalien von den Herstellern zu erheben sind und wie verschiedene Hersteller des gleichen Stoffes diese Informationen austauschen. Auf der anderen Seite stehen **Entlastungen der Volkswirtschaft** vor allem im Bereich **Gesundheitskosten**. Der REACH-Ansatz, der mit einem Weißbuch im Februar 2001 begann, ist über den Kommissionsvorschlag vom Oktober 2003 bis zu den Beratungen im Parlament erheblich abgeschwächt worden. Wie in dieser Zeitschrift berichtet (siehe z.B. Nover und Hippe 2004, Bunke et al. 2004, 2005) sind aus Deutschland zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung des Informationsniveaus bei Verringerung der Kosten wie auch zur Entlastung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie des Chemikalienhandels gemacht worden. Im Rahmen eines Workshops in Scheveningen im Oktober 2004 wurden 36 Studien zur Abschätzung der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Folgen von REACH vorgestellt. Diese können in einer zusammenfassenden Dokumentation des Bundesumweltministeriums nachgelesen werden (BMU 2005).

Die hierzu mittlerweile erschienene Fachliteratur würde den Rahmen dieser Zeitschrift sprengen. Da sehr viele Studien sicherlich auch nicht ganz unbeeinflusst von der Meinung der jeweiligen Auftraggeber sind, fällt eine Bewertung schwer.

In der letzten Phase der Beratungen im Europäischen Parlament wird insbesondere ein ursprünglich im Rat von den Mitgliedsstaaten Malta und Slowenien eingebracht und dann im EP aufgegriffener Vorschlag für eine grundlegende Änderung des REACH-Registrierungsverfahrens diskutiert, und zwar für Stoffe mit einem Herstellungs- bzw. Einfuhrvolumen von 1 bis 10 Jato. Dieser Vorschlag sieht im Kern eine Verpflichtung der Hersteller und Einführer solcher 'niedrigvolumiger Stoffe' zur Einreichung der vorliegenden Daten an die europäische Chemikalienagentur vor. Da diese Stoffe etwa zwei Drittel der von REACH erfassten rund 30.000 Stoffe ausmachen, würde sich eine ganz wesentliche Änderung der bisherigen Philosophie ergeben: Die bislang vorliegenden Vorschläge gehen von einem **verpflichtenden Mindestdatensatz** über die intrinsischen Eigenschaften des Stoffes aus. Bei Vorlage nur der verfügbaren Daten durch Hersteller bzw. Importeure, verbunden mit einer ersten Information zu Expositionsszenarien, würde die Agentur im Rahmen der Evaluierung prüfen, ob eine Auffüllung der Daten auf das Informationsniveau des Anhanges V erforderlich ist. Die Gegner dieses Vorschlages führen ins Feld, dass damit die europäische Chemikalienagentur in ein Prüfverfahren eintritt, das bisher nicht vorgesehen war. Dieses würde die Agentur, unter der sich bisher niemand eine große Behörde vorgestellt hat, vermutlich überfordern. Man würde damit auch von der Grundphilosophie des Kommissionsentwurfes abweichen, dass nämlich für Informationsgewinnung und für die Stoffbewertung zunächst der Hersteller bzw. Importeur selber verantwortlich ist. Die Aufgabe der Agentur in den ursprünglichen Entwürfen war es, sich mit wesentlichen, problematischen Stoffen zu befassen und die vorliegenden Bewertungen vor allem in Hinblick auf eventuelle Maßnahmen zu überprüfen. Die Agentur müsste bei Annahme der Vorschläge von Malta

und Slowenien sich mit rund 20.000 Stoffen im Detail befassen. Außerdem würden damit über Jahre hinweg Datenlücken toleriert. Andererseits argumentieren die Chemieverbände, dass der Aufwand zur Generierung der sog. Minimaldaten für kleinere Unternehmen nicht leistbar sei und verweisen auf das Ergebnis des Projektes Strategic Partnership on REACH Testing (SPORT), das im Internet unter [www.sport-project.info](http://www.sport-project.info) zu finden ist.

Es ist unklar, ob die zunächst von einer Verringerung der Informationspflicht profitierenden Hersteller nicht langfristig aufgrund der sich immer weiter verschärfenden Haftungsregeln dadurch auch Nachteile erleiden können. Der Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Herr Baake, weist in einem Schreiben an die deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament darauf hin, dass dieser Vorschlag hinter den Responsible Care-Ansatz (Selbstverpflichtung des VCI von 1997) zurückfallen würde. Der letzte Bericht des VCI in Sachen Responsible Care (VCI 2005) betont, dass die seinerzeit zugesagte Ermittlung fehlender Informationen für einen sog. **Grunddatensatz** im Großen und Ganzen mit dem Jahr 2002 abgeschlossen wurde und die Hersteller die Berichte regelmäßig aktualisieren. Lt. Umfrage des VCI liegen Mindestdatensätze für 90 bis 100% der 24.000 in Deutschland verwendeten Stoffe vor. Die in der Selbstverpflichtung erfassten 24.000 Stoffe lassen jedoch keinen direkten Rückschluss auf die vorhandenen Informationen für die im Rahmen des REACH-Ansatzes genannten rund 30.000 Stoffe zu. Die EU-Kommission geht davon aus, dass ca. 40% aller Stoffe in dem fraglichen Mengenbereich von 1 bis 10 Jato durch die Selbstverpflichtung des VCI abgedeckt sind.

Zahlreiche Sachverständige haben in Gutachten, Studien und Aufsätzen an die nationalen Regierungen, die Europäische Union, das Europäische Parlament oder die großen Verbände ihre Meinung zu REACH dargelegt. Die Phase der Fachinformationen ist jetzt abgeschlossen. In der Kommission wird derzeit an Stellungnahmen zu den Änderungsanträgen des Europäischen Parlamentes gearbeitet. Die Beschlussfassungen der Ausschüsse im Europa-Parlament sind nach der Sommerpause zu erwarten. Bereits bei Drucklegung dieser Zeitschrift werden wieder neue Diskussionsstände zu erwarten sein.

#### Literatur

- BMU (2005): Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Folgenabschätzung zu den wirtschaftlichen Kosten und Nutzen der neuen Europäischen Chemikalienpolitik (REACH), Umwelt 2/ 2005, I–XX
- Bunke D, Harms W, Rühl R (2005): Expositionsszenarien nach REACH-Aufbau. Möglichkeiten der Standardisierung und Erfahrungen aus dem Arbeitsschutz. UWSF – Z Umweltchem Ökotox 17 (2) 106–114
- Bunke D, Reuter W, Kohla M, Ahrens A (2004): Die Erprobung ausgewählter Bausteine von REACH in der textilen Kette. UWSF – Z Umweltchem Ökotox 16 (3) 200–207
- Nover H, Hippe D (2004): Planspiel zur neuen EU-Chemikalienpolitik in NRW. UWSF – Z Umweltchem Ökotox 16 (2) 134–139
- VCI (2005): Verband der Chemischen Industrie: Bericht über die Umsetzung der freiwilligen Selbstverpflichtung des VCI zur Erfassung und Bewertung von Stoffen, Frankfurt, Januar 2005